

DOI: 10.5771/1866-377X-2026-1-51

# Beharrliche Ungeduld: Interview mit Baro Vicenta Ra Gabbert, Sprecherin für sozial-ökologische Gerechtigkeit von Greenpeace e.V.

Das Interview führte **Justine Batura**, LL.M. Rechtsanwältin für Energierecht und grüne Transformation in Berlin und stellvertretende Vorsitzende der djb-Kommission Europa- und Völkerrecht

## Liebe Baro, was bedeutet der Begriff der „sozial-ökologischen Gerechtigkeit“ für Dich konkret?

Sozial-ökologische Gerechtigkeit bedeutet, über die Zeit hinweg ein möglichst gutes Leben für möglichst viele Menschen innerhalb der planetaren Grenzen zu organisieren. Ganz in Jurist\*innenmanier braucht es hier natürlich weitere Definitionen. Planetare Grenzen als wissenschaftliches Konzept lassen sich gut konturieren. Beim guten Leben wird es schon schwieriger. Vorstellungen von einem guten Leben sind stark normativ geprägt.

Für mich stellt der Begriff der sozial-ökologischen Gerechtigkeit daher zunächst einmal Fragen: Wer ist von den Folgen der Klimakrise besonders stark betroffen? Wer hat die Klimakrise zu verantworten? Wer trägt die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen? Wer kommt für die Schäden auf? Wie viel sind uns Menschenleben, Heimaten und gesunde Kinder wert? Was bedeutet Generationengerechtigkeit? Wer sitzt bei den Entscheidungen über Ressourcen und Ziele mit am Tisch? Wie wollen wir leben? Was ist uns wichtig? Was brauchen wir, um zufrieden zu sein und uns sicher zu fühlen? Aus diesen Fragen lassen sich Ziele und Handlungsfelder ableiten.

In einigen dieser Felder finden sich Rechtsansprüche. Etwa der intertemporale Schutz von Freiheitsrechten, Beteiligungsrechte, Teilhaberechte oder der Schutz von Grundrechten vor Verletzungen durch die Klimakrise. Wie man diese in konkrete politische Maßnahmen übersetzt und damit der sozial-ökologischen Transformation zu einer immer weiter ausdifferenzierten rechtlichen Grundlage verhilft, finde ich besonders interessant.

## Wir beim djb beschäftigen uns mit dem Klimawandel und seinen Folgen satzungsgemäß insbesondere aus der Perspektive der Geschlechtergerechtigkeit.<sup>1</sup> Welche Rolle spielt die Geschlechtergerechtigkeit nach deiner Wahrnehmung aktuell in den umwelt- und klimapolitischen Debatten?

Ehrlicherweise: In der Breite nahezu gar keine. Und das ist fatal. Die Effekte von Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen oder Trockenheit zeigen sich bei Frauen signifikant stärker. Bei Hitzewellen und anderen Klimaphänomenen muss in einigen Regionen jetzt schon immer wieder der Schulbetrieb eingeschränkt werden. Dabei sind Mädchen einem höheren Risiko ausgesetzt, die Schule abzubrechen oder geschlechtsspezifische Gewalt zu erfahren.<sup>2</sup> Die Klimakrise trifft also Mädchen und Frauen in unterschiedlichen Lebensbereichen ganz besonders stark.<sup>3</sup>

## Vita:

**Baro Vicenta Ra Gabbert**, geboren 1997 in Berlin, ist Juristin und Sprecherin für sozial-ökologische Gerechtigkeit bei Greenpeace Deutschland. Ihr Studium der Rechtswissenschaft mit Schwerpunkt Völkerrecht absolvierte sie an der Bucerius Law School in Hamburg und an der Fundação Getulio Vargas in Rio de Janeiro. Zu ihren Themenschwerpunkten gehören Klimaschutz und Recht, nachhaltiges Wirtschaften und Generationengerechtigkeit. Sie war unabhängige Sachverständige der Bundesregierung und stellvertretende Vorsitzende im Bundesjugendkuratorium der 20. Legislaturperiode. 2025 veröffentlichte sie mit Fabian Grischkat das Buch „Keine Zukunft ist auch keine Lösung“.



▲ Foto: Markus C. Hurek

Gleichzeitig sind es oft Frauen, die nachhaltige Lösungen vorantreiben, etwa nachhaltige Bodenbewirtschaftung in der Landwirtschaft. Auch in der Klimakrise übernehmen sie oftmals die Care-Arbeit und sind diejenigen, die bei Wetterextremen Kranke, Alte und Kinder in Sicherheit bringen. Und Länder mit einem höheren Frauenanteil in ihren Parlamenten stoßen nachweislich weniger CO<sub>2</sub> aus.<sup>4</sup>

Trotz allem sind Frauen noch immer häufig von klimapolitischen Entscheidungen ausgeschlossen. Würde man ihre Erfahrungen und Expertise einbeziehen, wäre viel gewonnen – für Klimapolitik und Geschlechtergerechtigkeit.

- 1 Siehe dazu Schillinger, Amelie: Editorial zum Fokus „Klimagerechtigkeit – ein Thema für den djb?!“, djbZ 2/2023, <https://doi.org/10.5771/1866-377X-2023-2>.
- 2 <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/unicef-klimakrise-unterricht-ausfall-100.html>.
- 3 Siehe hierzu auch Sußner, Petra: Der Fall KlimaSeniorinnen v. Switzerland, djbZ 2/2023, <http://doi.org/10.5771/1866-377X-2023-2-74>.
- 4 Mavisakalyan, Astghik / Tarverdi, Yashar: Gender and climate change: Do female parliamentarians make difference?, European Journal of Political Economy (2019), Ausgabe 56(C), <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2018.08.001>.

**Professorin Heide Pfarr hat den Begriff der „revolutionären Geduld“ im Zusammenhang der Gleichstellungskämpfe geprägt.<sup>5</sup> Die mutige, beharrliche Ausdauer im Fordern von strukturellen Veränderungen dürfte beide Bewegungen verbinden. Was können beide voneinander lernen und wie können sie sich unterstützen?**

Klimaschutz und Feminismus sind nicht nur untrennbar miteinander verbunden. Beiden Bewegungen liegen auch Respekt, Gerechtigkeit und eine Fähigkeit, visionär zu denken, zugrunde. Das eint sie aus meiner Sicht. Respekt vor den Möglichkeiten von Menschen und ihrer Entfaltung; die Frage, wer wie viel trägt, wer zu schützen ist, wie wir zusammenleben möchten, und vermutlich auch ein Glaube daran, dass wir Menschen es besser könnten und irgendwo auch wollen.

Was wir immer wieder voneinander lernen können: das Private zu politisieren. Care-Arbeit ist genauso politisch wie die Frage, ob ich mir gesundes, nachhaltiges Essen leisten kann. Beide Bewegungen dürfen sich nicht in individuellen Vorwürfen verhaften, sondern sollten systemische Missstände aufzeigen und sie beheben – so verhindern wir, dass Klimaschutz oder Feminismus eine Frage des Sich-leisten-Könnens bleibt.

Ein Unterschied zwischen beiden: Was das Klima angeht, brauchen wir zwar einerseits Beharrlichkeit, andererseits hat die zeitliche Komponente der Klimakrise eine unschöne Besonderheit. Sie ist kein linear voranschreitender Prozess, sondern eskaliert exponentiell. Je langsamer wir handeln, desto mehr Effekte kommen hinzu und werden unumkehrbar und desto mehr Menschen werden in Mitleidenschaft gezogen. Mir gefällt der Begriff der revolutionären Geduld, im Kontext Klimakrise würde ich angesichts der zeitlichen Dringlichkeit eher den Begriff der *beharrlichen Ungeduld* beanspruchen.

**Der Aktivismus für mehr Klimaschutz ist ein mühsames, zähes Unterfangen. Aktuell sind die Nachrichten wohl eher von politischen Rückziehern geprägt. In Eurem Buch „Keine Zukunft ist auch keine Lösung“ mit Fabian Grischat<sup>6</sup> setzt ihr dem Klimafrust eine Haltung der Handlungsfähigkeit entgegen. Was ist aus Deiner Sicht der wichtigste Rat an junge Jurist\*innen, die zwischen Klimawut und Resignation stehen?**

Ausruhen, sich zusammmentun und weitermachen. Das mag auf den ersten Blick widersprüchlich klingen, aber: Erstens, der Umbau einer jahrzehntelang auf fossilen Energien gewachsenen Gesellschaft ist eine immense kollektive Kraftanstrengung, wir brauchen viele Menschen an vielen Orten – und das auf lange Zeit. Und dafür braucht es Energie, daher: Ausruhen, wenn es zu viel ist. Zweitens: sich zusammmentun. Keine\*r wird die Klimakrise alleine lösen, wir brauchen einander und gerade derzeit ganz besonders Schnittstellenmanagerinnen und Schnittstellenkünstler. Diejenigen Leute also, die Verbindungen zwischen Lebensrealitäten und Politik, zwischen Naturwissenschaft und Gesellschaft, zwischen Kunst und Wirtschaft und zwischen verschiedenen Vorstellungen herstellen. Im Wissen um andere lassen sich auch Momente der Frustration besser aushalten und es lässt sich besser ausruhen, wenn man weiß, andere machen weiter. Und schließlich, drittens: weitermachen. Auch und gerade,

wenn es viel und frustrierend ist. Zukunft wird ohnehin kommen. Die Frage ist nur, wie gerecht oder ungerecht, wie lebenswert oder lebensfeindlich und wie frei oder unfrei sie aussieht. Wir können noch Weichen stellen, um in einer der besseren aller möglichen Zukünfte zu landen, und sie braucht uns. Dringend.

**In welche Bereiche sollten wir Jurist\*innen aus Deiner Sicht mehr ausschweifen, um unsere Kenntnisse und Instrumente besonders sinnvoll und sinnstiftend für den Klimaschutz einzusetzen?**

Besonders jetzt sind Jurist\*innen gefragt, Klimaschutz als Querschnittsmaterie zu begreifen und nicht als Spezialdisziplin. Wir müssen das, was viele als Klimaschutzrecht bezeichnen würden, erhalten und stärken: die Rahmengesetze, Verfassungsrechte und internationale Abkommen. Gleichzeitig braucht es dringend Maßnahmen, die uns in allen Lebensbereichen auf einen zukunftsfähigen Pfad in Richtung Klimaneutralität führen. Dazu gehören Maßnahmen in emissionsintensiven Bereichen

**Besonders jetzt sind Jurist\*innen gefragt, Klimaschutz als Querschnittsmaterie zu begreifen und nicht als Spezialdisziplin.**

wie Verkehr, Energie oder Gebäude. Aber auch gerade in Bereichen, die zunächst nicht direkt mit Klima oder Nachhaltigkeit assoziiert werden, liegt ein großes Potenzial: Klimafreundliche Vertragsgestaltung, Klimafreundliches Unternehmens- und Kapitalrecht, Baurecht oder Mängelgewährleistungsrecht etwa. Ganz generell würde ich mir wünschen, dass wir Jurist\*innen, egal wo wir arbeiten, unsere Tätigkeit daraufhin überprüfen, ob sie mit Klimagerechtigkeit vereinbar ist, und wenn nötig nachsteuern oder umdenken. Wenn wir es tatsächlich ernst meinen mit der Transformation, muss Klimaschutz zur Abwägungsgröße in allen klimarelevanten Lebensbereichen werden und als Querschnittsmaterie betrachtet werden.

Transformation ist ein Gemeinschaftsprojekt.

**Greenpeace e.V. nimmt auch eine intersektionale Perspektive auf Klimagerechtigkeit ein, indem verschränkte Machtdynamiken in den Blick gefasst werden. Was bedeutet der Begriff der Intersektionalität in diesem Zusammenhang konkret?**

Intersektionalität bedeutet für mich in diesem Kontext, dass Klimakrise, soziale Ungleichheit und Diskriminierung untrennbar miteinander verbunden sind, einander bedingen und verstärken. Menschen sind nicht nur vom Klimawandel betroffen, sondern haben auch mehr oder weniger Geld, um sich vor dessen Folgen zu schützen, sind mehr oder weniger gesund und damit mehr oder weniger anfällig für Hitzeschläge, werden ohnehin schon diskriminiert und haben mehr oder weniger Handlungsmacht.

5 Siehe Podcast „Justitias Töchter“, Folge 46 (Dezember 2024): <https://www.djb.de/podcast/detail/folge-46-dezember-2024-revolutionaere-geduld-mit-prof-dr-heide-pfarr>.

6 Grischat, Fabian / Gabbert, Baro Vicenta Ra: Keine Zukunft ist auch keine Lösung, München 2025.

Kurz gesagt: Die Klimakrise betrifft alle, aber nicht alle gleich – und sie wurde auch nicht von allen gleich stark verursacht.

Für unsere Arbeit bedeutet das, die Ursachen von Missständen im Zusammenhang mit anderen Missständen aufzuzeigen und Lösungen zu präsentieren, die Ungerechtigkeiten auch in anderen Bereichen idealerweise abbauen oder zumindest berücksichtigen.

Konkret: Superreiche sollten, zum Beispiel durch eine Steuer für Milliardär\*innen, in erhöhtem Maße für eine klimafreundliche Transformation unserer Gesellschaft aufkommen, da sie die Klimakrise durch ihren Lebensstil und ihre Investitionen bedeutend stärker befeuern. Finanzschwächere Haushalte sollten mit einem Klimageld entlastet werden. Nachhaltige Kleidung oder gesunde Lebensmittel müssten auch für Menschen mit wenig Einkommen erschwinglich sein, beispielsweise indem Repair-Angebote oder regionales, ökologisches Essen in Kantinen, Schulkantinen und Kitas gefördert werden.

### **Beobachtest Du Versuche, unterschiedliche vulnerable Gruppen im Klimaschutz gegeneinander auszuspielen?**

Ja. Leider. Und es macht mich wütend. Ständig werden Menschen, die keine große oder starke Lobby haben, übergangen, vergessen oder aktiv ignoriert. Zuletzt wurden einige Sozialleistungen auch noch immer weiter zurückgefahren. Und dann wird eine klimapolitische Maßnahme diskutiert und Politiker\*innen entdecken zumindest rhetorisch ganz plötzlich ihre soziale Ader – zumindest, wenn es darum geht, mehr Klimaschutz zu verhindern. Wenn sie es ernst meinen würden mit den vulnerablen Gruppen, würden sie deren Situation ganz unabhängig von der Klimakrise verbessern, was sie nebenbei auch hinsichtlich der Klimakrise resilienter machen würde. Sprich, man würde Klimaschutz massiv vorantreiben, würde Klimaschutzmaßnahmen so designen, dass sie bestehende Ungerechtigkeiten abbauen, nicht verschärfen, und endlich diejenigen in die Pflicht nehmen, die das Ganze zu verantworten haben – Superreiche und klimaschädliche Konzerne zum Beispiel. Nichts davon passiert auch nur annähernd ausreichend. So lange das alles versäumt wird, sind Hinweise auf die vulnerablen Gruppen in der Klimadebatte scheinheilig und gefährlich, denn sie verschleppen Klimaschutzmaßnahmen und verschlechtern ihre Lebenssituation nur weiter.

### **Greenpeace e.V. und Germanwatch e.V. haben im Jahr 2024 erneut Verfassungsbeschwerde gegen die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung erhoben, vertreten von der Kanzlei Rechtsanwälte Günther.<sup>7</sup> Was unterscheidet diese sogenannte „Zukunftsklage“ rechtlich und strategisch von früheren sogenannten Klimaklagen?<sup>8</sup>**

Zunächst einmal liegen der Verfassungsbeschwerde der Klimabeschluss von 2021<sup>9</sup> und die Folgerechtsprechung zugrunde. Daraus ergibt sich, dass der Gesetzgeber einen mit dem Übereinkommen von Paris kompatiblen Rahmen setzen muss und die zu dessen Erfüllung notwendigen Maßnahmen zur Emissionsreduktion rechtzeitig einleiten muss, um spätere, mit drastischen Freiheitseinschränkungen einhergehende Maßnahmen zu verhindern und sicherzustellen, dass Reduktionslasten über die Generationen hinweg gerecht verteilt werden. Mit der

Novellierung des Klimaschutzgesetz (KSG) samt Abschaffung verbindlicher Sektorziele und einer sektorbezogenen Nachsteuerung ist das nicht mehr gewährleistet. Das ist eine neue rechtliche Situation, die einer Neubewertung bedarf.

Einige der Beschwerdeführenden machen zudem Schutzpflichtverletzungen geltend, die sich auch aus der Anwendung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) ergeben können, die sich in den letzten Jahren signifikant weiterentwickelt hat.

Besonders ist, dass sich einige der Beschwerdeführenden mit Berufung auf ihre künftigen Freiheiten gegen das Unterlassen von Bundesregierung und Bundestag wenden und auf wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Verkehrssektor drängen. Die Beschwerdeführenden verfügen allesamt über ein geringes Einkommen und sind auf Individualmobilität angewiesen. Etwa weil sie im ländlichen Raum wohnen oder aufgrund einer Behinderung auf einen PKW angewiesen sind. ÖPNV steht ihnen nicht zur Verfügung, CO<sub>2</sub>-Preise oder ein E-Auto könnten sie nicht finanzieren. Bei einer weiteren Verschleppung von Maßnahmen drohen sie also, mangels Mobilität von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen zu werden. Die Verfassungsbeschwerde verbindet hier also Teilhaberechte und den Grundsatz der Lastengleichheit mit Klimaschutzfragen.

### **Wie du sagst, konzentriert sich ein Teil der Verfassungsbeschwerde auf den Verkehrssektor. Warum wurde dieser Sektor herausgegriffen?**

Diesel und Benzin sind für ein Fünftel aller Treibhausgasemissionen in Europa verantwortlich. Die Luftverschmutzung, die der Verkehrssektor verursacht, ist das größte umweltbedingte Gesundheitsrisiko in Europa, mit 300.000 jährlichen Todesfällen.

Um unsere Klimaziele bis 2030 zu erreichen, müsste der Verbrauch von Öl im Verkehr etwa zehn Mal so schnell sinken wie seit 2000.<sup>10</sup> Allerdings lässt die Transformation sehr zu wünschen übrig. In Deutschland hinkt der Verkehrssektor in Sachen Klimaschutz weit hinterher: Bahn und ÖPNV sind in einem desaströsen Zustand, gerade der ländliche Raum bietet wenig Alternativen zum Auto. Jahrzehntlang wurde um Autos herum geplant, an vielen Orten wird ihnen mehr öffentlicher Raum zugestanden als Kindern. Zulassungen von privaten PKW

7 Weitere Informationen zu dieser Verfassungsbeschwerde: [www.zukunftsklage.greenpeace.de](http://www.zukunftsklage.greenpeace.de).

8 Für einen Überblick über nationale und internationale Klimaklagen siehe die Climate Litigation Database der Columbia Climate School, [www.climatecasechart.com](http://www.climatecasechart.com) sowie das Gespräch mit Rechtsanwältin Roda Verheyen im Podcast Lage der Nation, Folge 460 (Januar 2026), [www.lagedernation.org/podcast/ldn460-was-bringen-klimaklagen-roda-verheyen-juristin-teil-1](http://www.lagedernation.org/podcast/ldn460-was-bringen-klimaklagen-roda-verheyen-juristin-teil-1).

9 Bundesverfassungsgericht, Beschluss des Ersten Senats vom 24. März 2021 – 1 BvR 2656/18 –, [https://www.bverfg.de/e/rs20210324\\_1bvr265618](https://www.bverfg.de/e/rs20210324_1bvr265618).

10 Bukold, Steffen: Öl ins Feuer: Warum der Verkehr das Hauptproblem beim Ölausstieg ist, Greenpeace 2023. [https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace\\_%C3%96lausstieg\\_Verkehr.pdf](https://www.greenpeace.de/publikationen/Greenpeace_%C3%96lausstieg_Verkehr.pdf).

11 Kraftfahrt-Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 01/2025, Fahrzeugzulassungen im Dezember 2024 – Jahresbilanz, 06.01.2025, [www.kba.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Fahrzeugzulassungen/2025/pm01\\_2025\\_n\\_12\\_24\\_pm\\_komplett.html](http://www.kba.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Fahrzeugzulassungen/2025/pm01_2025_n_12_24_pm_komplett.html).

steigen, 2024 war knapp jeder neu zugelassene Wagen dabei ein besonders klimaschädlicher SUV.<sup>11</sup>

Durch die bisherigen Versäumnisse der Bundesregierung im Verkehrssektor sind später umso härtere, unverhältnismäßige Maßnahmen notwendig, die Freiheitsrechte verletzen. Das wird insbesondere Menschen auf dem Land mit geringem Einkommen betreffen, die bereits heute wenige Mobilitätsangebote haben und kaum angebunden sind. Freiheit, die Menschen mit geringem Einkommen, im ländlichen Raum oder mit Behinderung verwehrt oder erschwert wird, sind das Gegenteil von Klimagerechtigkeit.

**Wie begegnest Du dem Vorwurf, Umweltverbände wie Greenpeace würden durch strategische Prozessführung wie beispielsweise die genannte „Zukunftsklage“ demokratische Entscheidungsprozesse umgehen?**

Das Bundesverfassungsgericht ist einer der wichtigsten Bestandteile unserer wehrhaften, liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie. Wer seine Entscheidungen immer dann als undemokratisch schimpft, wenn sie unliebsam sind, verkennt die Rolle des Gerichts.

Das Bundesverfassungsgericht schützt Grundrechte gerade auch gegen populäre, aber eben verfassungsfeindliche Maßnahmen. Dass seinen Entscheidungen daher immer wieder Mehrheitsmeinungen entgegenstehen, liegt in der Natur der Sache. Die Korrekturfunktion des Verfassungsgerichts ist höchst demokratisch – zumindest, wenn man ein Demokratieverständnis zugrunde legt, das neben Mehrheitsentscheidungen auch Minderheiten- und Grundrechtsschutz beinhaltet. Man könnte sagen, das Verfassungsgericht sichert Demokratie nachhaltig.

Was Klimaschutzmaßnahmen angeht, mögen diese mal mehr, mal weniger populär sein – so lange die Klimakrise jedoch Gesundheit, Leben, Teilhabe und Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen verletzt oder bedroht und ihre Begegnung mit empfindlichen Verteilungs- und Allokationsfragen einhergeht, bleibt es ein verfassungsrechtlicher Auftrag, Klimaschutz zu konturieren.

**Die Weltklimakonferenz ist das jährliche Treffen der Vertragsstaaten des UN Klimarahmenübereinkommens. Dabei verhandeln die Delegationen der Staaten über konkrete Maßnahmen, um das übergeordnete Ziel Treibhausgasreduktion zu erreichen (Art. 2 UN FCCC). Du warst für Greenpeace 2025 in Belém. Mit welchen Erwartungen bist Du angereist – und mit welchem Gefühl wieder abgereist?**

Die Erwartungen an diese symbolische Klimakonferenz waren groß – eine Konferenz mitten im Klimakippunkt Amazonas und nach einigen Jahren in Autokratien endlich wieder in einem demokratischen Land – und dann noch einem mit starker Zivilgesellschaft und vielen indigenen Gemeinschaften. Ich hatte gehofft, dass dieser Austragungsort die Verhandlungen von der Ziel- auf die Umsetzungsebene bringen kann und konkrete Maßnahmen zum Waldschutz oder zum Schutz betroffener Gemeinschaften sowie deren struktureller Einbeziehung erzielt werden. Die Verhandlungsergebnisse waren enttäuschend. Zwar hat man sich bemüht und es ist gelungen, auch ohne die USA vor Ort zu zeigen, dass man Klimaschutz weiterverfolgt, aber die notwendigen Schritte blieben aus. Insbesondere an konkreten Umsetzungsschritten fehlt es weiterhin dringend. Interessant war, was neben den Verhandlungen passiert ist: Die Konferenz war geprägt von einer massiven zivilgesellschaftlichen Präsenz, Zehntausenden auf Demos auf der Straße und vielen Netzwerken, die sich bilden, um Klimaschutz gemeinsam voranzutreiben und selbst in die Hand zu nehmen – ganz unabhängig von den Ergebnissen der Klimakonferenzen.

**Werden die Stimmen von marginalisierten und/oder vulnerablen Gruppen aus Deiner Sicht hinreichend berücksichtigt?**

Ganz klar: nein. Weder indigene Gemeinschaften, noch Kinder, noch Frauen, noch Menschen mit Behinderungen noch die Zivilgesellschaft als Ganze stehen im Zentrum der Verhandlungen. Oft sitzen sie gar nicht mit am Verhandlungstisch, dabei sind sie diejenigen, die schon jetzt und erwartungsgemäß umso stärker in Zukunft von den Folgen der Klimakrise betroffen sein werden. Das wurde auch in Belém ganz deutlich. Es gab große und anhaltende Proteste, von Seiten der Indigenen immer wieder den Ausspruch: *a resposta somos nós* – Wir sind die Antwort. Dieser erinnert daran, dass indigene Gemeinschaften seit Ewigkeiten effektiven Wald-, Klima- und Biodiversitätsschutz betreiben. Ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre Praktiken sind gelebter Klimaschutz, werden oft aber nicht als solcher behandelt. Vielmehr sind viele ihrer Rechte und Errungenschaften derzeit wieder in Gefahr – unter anderem durch energieintensive Viehwirtschaft oder zerstörerischen Rohstoffabbau im Amazonas. Aus einer Klimagerechtigkeitsperspektive gesprochen müsste man sagen: verkehrte Welt!

**Herzlichen Dank Dir für das Gespräch!**